UVNord – Vereinigung der
Unternehmensverbände in
Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umweltausschuss
Die Vorsitzende
Postfach 71 21

24171 Kiel

Telefon 04331/1420-60
e-mail: stock@uvnord.de

Rendsburg
12. Oktober 2004
St./Hei.

<p>Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 15/5049</p>

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundwasserabgabengesetzes
(GruWAG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3491**

Sehr geehrte Frau Tengler,

Sie haben uns mit Schreiben vom 8. September 2004 um Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundwasserabgabengesetzes (GruWAG) gebeten, die wir aus Achtung vor dem Landtag und seinen Ausschüssen auch abzugeben bereit sind. Wir schicken jedoch voraus, dass wir das von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen gewählte Verfahren zur Durchsetzung der Abgabenerhöhung über die Haushaltsgesetzgebung zum 1. Januar 2004 und die jetzige Vorlage einer Gesetzesnovelle und ihre Anhörung für nicht akzeptabel halten. So werden Anhörungen der Lächerlichkeit preisgegeben, so wird deutlich, welchen Stellenwert Stellungnahmen Betroffener im politischen Entscheidungsprozess haben.

Zum vorliegenden Entwurf haben uns aus unserer Mitgliedschaft folgende Anmerkungen erreicht:

1. Die Erhebung einer Abgabe für die Grundwasserentnahme wird grundsätzlich abgelehnt, weil
 - die Situation der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im Vergleich zu der an anderen Standorten nachhaltig verschlechtert wird,

- eine weitere Abgabendiskussion nicht in die konjunkturelle Landschaft passt, kontraproduktiv ist und falsche Signale setzt,
- Schleswig-Holstein sowohl qualitativ als auch quantitativ über ein sehr gutes Grundwasserangebot verfügt, ökologische Lenkungsgründe für diese Abgabe also nicht stichhaltig sind und
- nach wie vor nicht geklärt ist, ob das schleswig-holsteinische Grundwasserabgabengesetz verfassungsgemäß ist.

2. Zum Gesetzentwurf

- a) Um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten von kleineren und mittleren Betrieben zu vermeiden, sollten alle Gewerbebetriebe als Endverbraucher mit 0,05 € je cbm belastet werden.
- b) Das Ende der Zweckbindung für das Abgabeaufkommen ist nicht hinnehmbar. Es kann nicht Aufgabe der Wasserverbraucher sein, Löcher im allgemeinen Landeshaushalt zu stopfen. Hier empfiehlt sich stattdessen ein sparsamerer Umgang mit den zur Verfügung stehenden Steuermitteln.
- c) Nach wie vor soll eine Abgabe von 0,02 € zur Wasserhaltung erhoben werden. Im Tiefbaubereich wird häufig zur Verlegung von Rohrleitungen eine Wasserhaltung erforderlich, um das Bauvorhaben durchzuführen. Es findet also lediglich eine Bewegung von Wasser um wenige Meter statt, die nicht mit einer Abgabe belastet werden sollte. Ähnlich verhält es sich mit der Aufbereitung von Sand oder Kies. Auch hier findet eine Entnahme nicht statt, auch hier muss die Abgabe abgelehnt werden.

Wir wären dankbar, wenn unsere Anregungen berücksichtigt werden und verweisen überdies auf die Ihnen vorliegenden Stellungnahmen der anderen Wirtschaftsorganisationen, die wir unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

UVNord – Vereinigung der
Unternehmensverbände in
Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.

gez. Norbert Stock